



Presseinformation

Wiesbaden, 24. Oktober 2019
Nr. 260

Biosphärenregion: Machbarkeitsstudie liegt vor, jetzt entscheiden die Kommunen

Umweltministerin Priska Hinz: „Ich hoffe, dass sich viele Kommunen für dieses vielversprechende und zukunftsweisende Projekt entscheiden.“

„In Zeiten der Klimakrise ist eine nachhaltige Entwicklung notwendig. Der Region Rheingau-Taunus/Main-Taunus/Wiesbaden kann das mithilfe der Biosphärenregion gelingen. Die Machbarkeitsstudie bestätigt, die Anerkennung durch die UNESCO ist möglich und der Beteiligungsprozess belegt, dass die Chancen überwiegen“, sagte Umweltministerin Priska Hinz. Heute fand das zweite Treffen mit den Bürgermeisterinnen, Bürgermeistern und Landräten der Region im Hessischen Umweltministerium statt. Gemeinsam wurde über die Ergebnisse der Machbarkeitsstudie gesprochen. „Ich hoffe, dass auf Grundlage der Machbarkeitsstudie viele Kommunen das Potential erkennen und sich für dieses vielversprechende und zukunftsweisende Projekt entscheiden“, ergänzte Hinz.

Die Machbarkeitsstudie ist Grundlage für die jetzt folgende kommunale Entscheidungsfindung. Es folgt ein zweistufiges Verfahren: Zunächst entscheiden die Städte und Gemeinden, ob ein konkreter Antrag zur Einrichtung einer Biosphärenregion vorbereitet werden soll. Sobald dieser Antrag vorliegt, wird nochmals darüber entschieden, ob eine Antragstellung bei der UNESCO erfolgen soll (voraussichtlich im Herbst 2021).

Bei dem heutigen Treffen wurde auf Wunsch der Bürgermeisterinnen und Bürgermeister die Finanzierung und Organisation der Verwaltungsstelle konkretisiert. Ministerin Hinz sagte zu, sich innerhalb der Landesregierung für eine vom Land finanzierte Verwaltungsstelle der Biosphärenregion einzusetzen. Von den Landkreisen und der Stadt Wiesbaden wurden konkrete Beispielprojekte vorgestellt, die im Rahmen einer Biosphärenregion angegangen werden könnten, wie gemeinsame Projekte zum Klimaschutz, zur Vermarktung von regionalen Produkten und zur Weiterentwicklung eines gemeinsamen Mobilitätskonzeptes.

„Die Biosphärenregion schafft eine gute Basis für Vernetzung und eine gemeinsame Entwicklung der beteiligten Kommunen. Damit entsteht die Möglichkeit, gezielt Fördermittel

aus EU-, Bundes- und Landesprogrammen sowie anderen Förderinstituten für Projekte der Biosphäre zu akquirieren sowie zukunftsorientierte Ansätze in Gesellschaft, Bildung und Wirtschaft zu entwickeln“, sagte Priksa Hinz. „Für die Landwirtschaft und den Weinbau entstehen keine Einschränkungen in der Bodenbearbeitung oder im Pflanzenschutz durch die Biosphärenregion. Wie bisher kann jeder landwirtschaftliche Betrieb selbst entscheiden, welche Form der Bewirtschaftung er betreiben möchte“, erklärte die Ministerin. „In den nächsten Wochen ist es nun die Aufgabe der Parlamente zu diskutieren und zu entscheiden, ob sie den nächsten Schritt gehen wollen“, betonte die Ministerin abschließend.

Hintergrund:

Nach den Beschlüssen der drei Gebietskörperschaften sowie des Hessischen Landtages hat das Umweltministerium im Frühjahr 2018 eine ergebnisoffene partizipative Machbarkeitsstudie zur Prüfung des Potentials einer Biosphärenregion in Auftrag gegeben. Dabei wurden die Erfüllbarkeit der formalen Kriterien der UNESCO durch die Region überprüft sowie in einem breit angelegten Beteiligungsprozess eine Abwägung der Chancen und Risiken einer Biosphärenregion erarbeitet. Zusammengetragen wurden die Ergebnisse und Projektideen im Wesentlichen durch viele Akteure aus der Bürgerschaft sowie unterschiedlichen Interessensvertretungen aus der Region in mehrfach tagenden Arbeitskreisen und Foren.

Links:

„Machbarkeitsstudie Biosphärenregion im Rheingau-Taunus-Kreis, der Stadt Wiesbaden und im Main-Taunus-Kreis“ Band1:

https://umwelt.hessen.de/sites/default/files/media/hmuelv/machbarkeitsstudie_biosphaere_nregion_band_1_barrierefrei_low.pdf

„Machbarkeitsstudie Biosphärenregion im Rheingau-Taunus-Kreis, der Stadt Wiesbaden und im Main-Taunus-Kreis“ Band2:

https://umwelt.hessen.de/sites/default/files/media/hmuelv/machbarkeitsstudie_biosphaere_nregion_band_2_barrierefrei_low.pdf

Druckexemplare sind auf Anfrage unter der Mail poststelle@umwelt.hessen.de erhältlich.